

# Vergabeunterlagen für die Vergabe von Leistungen zur Lieferung und Installation einer Drahterodieranlage

Offenes Verfahren

Inhalt

|       |                                                                                             |    |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1     | Einführung/Vorhaben/Ziele.....                                                              | 2  |
| 1.1   | Einführung.....                                                                             | 2  |
| 1.2   | Erbetene Angebote und Anforderungen .....                                                   | 2  |
| 1.3   | Ablauf des Vergabeverfahrens .....                                                          | 2  |
| 2     | Bewerbungsbedingungen .....                                                                 | 3  |
| 2.1   | Grundlage des Verfahrens.....                                                               | 3  |
| 2.2   | Inhalt und Aufbau der Angebote .....                                                        | 3  |
| 2.3   | Eignungsanforderungen .....                                                                 | 4  |
| 2.4   | Angebotsabgabe durch Bietergemeinschaft und Berufung auf Eignung von Nachunternehmern ..... | 4  |
| 2.5   | Änderung und Korrekturen an den Angeboten .....                                             | 5  |
| 2.6   | Nebenangebote.....                                                                          | 5  |
| 2.7   | Unklarheiten/Rechtsverstöße/Fragen .....                                                    | 5  |
| 2.8   | Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen .....                                                 | 6  |
| 2.9   | Angebotsfrist und Terminplan.....                                                           | 6  |
| 2.10  | Kosten und Entschädigung.....                                                               | 6  |
| 2.11  | Geheimhaltung.....                                                                          | 6  |
| 2.12  | Schutzrechte.....                                                                           | 6  |
| 2.13  | Vorbehalt der Aufhebung .....                                                               | 6  |
| 2.14  | Kenntlichmachung von Geschäftsgeheimnissen .....                                            | 6  |
| 2.15  | Vergabekammer .....                                                                         | 7  |
| 3     | Vorbemerkung zur Leistungsbeschreibung und Status quo .....                                 | 7  |
| 3.1   | Vorbemerkung.....                                                                           | 7  |
| 3.2   | Ausgangslage und Rahmenbedingungen .....                                                    | 8  |
| 3.2.1 | Standort .....                                                                              | 8  |
| 3.2.2 | Örtliche Gegebenheit.....                                                                   | 8  |
| 3.2.3 | Ausschlusskriterium .....                                                                   | 8  |
| 4     | Leistungsinhalt .....                                                                       | 8  |
| 4.1   | Leistungsanforderungen und -umfang .....                                                    | 8  |
| 4.2   | Abnahmeprozess (Funktionstest und Mängel).....                                              | 8  |
| 4.3   | Verjährung der Mängelansprüche/Option: Gewährleistungsverlängerung .....                    | 9  |
| 4.4   | Option: Service (Wartung) .....                                                             | 9  |
| 4.5   | Vertragliche Grundlage .....                                                                | 10 |
| 5     | Wertungssystem und Zuschlagskriterien .....                                                 | 11 |

|       |                            |    |
|-------|----------------------------|----|
| 5.1   | Wertungssystem.....        | 11 |
| 5.2   | Zuschlagskriterien .....   | 11 |
| 5.2.1 | Bewertungspreis.....       | 11 |
| 5.2.2 | Qualität.....              | 12 |
| 5.3   | Zuschlagsentscheidung..... | 12 |

## 1 Einführung/Vorhaben/Ziele

### 1.1 Einführung

Die FGW ist eine als Verein organisierte, gemeinnützige, außeruniversitäre Forschungseinrichtung ohne Grundfinanzierung/institutionelle Förderung. Die FGW ist An-Institut der Bergischen Universität Wuppertal, Forschungsvereinigung in der AiF und Mitglied in der Zuse-Gemeinschaft.

Das zu beschaffende Drahterodiersystem soll im Rahmen des Prototypenbaus sowie zur Herstellung von in-situ stages für EDX- und EBSD-Analysen im REM sowie zur Fertigung von filigranen Proben in kleinsten Dimensionen für werkstofftechnische Untersuchungen genutzt werden. Mit dem System sollen additiv gefertigte Probekörper von der verwendeten Bauplattform abgetrennt werden. Im Rahmen des Vorrichtungs- und Prototypenbaus soll das System zur Herstellung von Metallkomponenten und Werkzeugen eingesetzt werden. Die erzeugten Komponenten sollen vorzugsweise ohne zusätzliche Nachbearbeitung der Oberfläche einsatzbereit sein.

Die Beschaffung wird durch Zuwendungen des Landes NRW aus dem EFRE/JTF-Programm NRW 2021 - 2027 anteilig gefördert, sodass grundsätzlich ein wettbewerbliches Verfahren unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung stattfinden muss. Die FGW ist allerdings keine öffentlicher Auftraggeberin im Sinne von § 99 Abs. 1 GWB. Die Vergabe im Rahmen eines offenen Verfahrens erfolgt insoweit freiwillig und ist nicht mit der Anerkennung der Zulässigkeit eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens verbunden (vgl. auch Ziffer 2.1).

### 1.2 Erbetene Angebote und Anforderungen

Die bestmögliche Umsetzung des vorstehend beschriebenen Vorhabens sowie die damit verfolgten Ziele setzen voraus, dass die Angebote die Mindestanforderungen erfüllen, die in diesen Vergabeunterlagen festgelegt sind.

Ausgehend von diesen Vergabeunterlagen, den in den Vergabeunterlagen beschriebenen Gegebenheiten und Mindestanforderungen sowie den beigefügten Unterlagen müssen die Angebote der Bieter insbesondere die in **Kapitel 2**, Ziffer 2.2 näher beschriebenen Unterlagen und Erklärungen enthalten. Für ggf. mögliche Nachforderungen gelten die Vorgaben unter Ziffer 2.2.

Der Leistungsinhalt wird in **Kapitel 4** sowie der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) dargestellt. Die Bieter müssen für ihre Angebotserstellung zudem bei der Kalkulation der anzubietenden Leistungen die genannten Vorgaben berücksichtigen.

Für die Angebotswertung benennt **Kapitel 5** die Zuschlagskriterien mit den Grundsätzen zur Wertung der Angebote.

### 1.3 Ablauf des Vergabeverfahrens

Die Vergabestelle führt ein offenes Verfahren analog zu § 15 VgV durch.

Die Bieter dürfen **bis zum 07. Juli 2026, 12:00 Uhr**, die abgefragten Angebote elektronisch über den Angebotsbereich des Vergabemarktplatzes einreichen.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote gemäß den in **Kapitel 5** genannten Zuschlagskriterien mit den dort genannten Grundsätzen informiert die Vergabestelle – vorbehaltlich einer vollständigen oder teilweisen Aufhebung des Vergabeverfahrens – die Bieter analog zu § 134 GWB über die geplante Zuschlagserteilung und erteilt nach Ablauf der Vorabinformationsfrist den Zuschlag.

## 2 Bewerbungsbedingungen

### 2.1 Grundlage des Verfahrens

Die Vergabestelle führt ein offenes Verfahren entsprechend den Bestimmungen des vierten Teils des GWB in Verbindung mit der VgV durch.

Die Vergabestelle ist der Auffassung, dass es sich bei der Vergabe nicht um einen öffentlichen Auftrag nach § 99 Abs. 1 GWB handelt. Die Vergabestelle ist keine öffentliche Auftraggeberin im Sinne von § 99 Nr.1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Da der subjektive Anwendungsbereich des Kartellvergaberechts für die FGW nicht eröffnet ist, besteht keine Verpflichtung der FGW zur Anwendung der Regelungen des Kartellvergaberechts ab Erreichen der jeweils geltenden Schwellenwerte. Die FGW ist folglich ausschließlich gemäß den jeweiligen Auflagen des Zuwendungsbescheids verpflichtet, ein wettbewerbliches Verfahren durchzuführen. Zur Gewährleistung einer größtmöglichen Rechtssicherheit hat sich die FGW entschieden, ein Verfahren zu wählen, welches die Verfahrensgrundsätze des GWB widerspiegelt, um sicherzustellen, dass ihr Vorgehen den Auflagen des Zuwendungsbescheids zur Durchführung eines wettbewerblichen Verfahrens genügt. Die Anwendung des vorgenannten Rechtsregimes erfolgt insofern freiwillig und ist nicht mit einer Anerkennung der Zulässigkeit eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens gem. § 102 ff. GWB verbunden.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass Bieter teilweise mit den Vorschriften des Vergaberechts nicht oder nicht hinreichend vertraut sind und deshalb eine Vielzahl von Formfehlern begehen. Dies führt aufgrund des anzuwendenden Grundsatzes der Chancengleichheit in der Regel zum Ausschluss des jeweiligen Angebotes aus formalen Gründen. In diesen Vergabeunterlagen werden daher die wesentlichen Anforderungen an die Angebote der Bieter ausführlich erläutert.

Bitte lesen Sie daher diese Bedingungen sorgfältig durch und berücksichtigen Sie diese vollständig bei der Erstellung Ihrer Angebote. Sollten sich gleichwohl Unklarheiten ergeben, nutzen Sie bitte Ihr Fragerecht.

Die Vergabestelle vergibt den Auftrag aus den o.g. Gründen im Rahmen eines offenen Verfahrens auf der Grundlage von § 15 VgV, dieser Bewerbungsbedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen einschließlich Anlagen.

Die Bieter dürfen **bis zum 07. Juli 2026, 12:00 Uhr** die abgefragten Angebote elektronisch einreichen.

### 2.2 Inhalt und Aufbau der Angebote

Die Angebote müssen sich auf sämtliche anzubietenden Leistungen erstrecken sowie die in diesen Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen, Erklärungen und Angaben vollständig enthalten.

Die Nachforderung von Erklärungen und Nachweisen unter Fristsetzung steht im Ermessen der Vergabestelle. Die Vergabestelle wird ihr Ermessen unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes diskriminierungsfrei ausüben.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

**Die Verfahrenssprache ist deutsch.** Das Angebot ist in sämtlichen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Unterlagen, die in einer Fremdsprache eingereicht werden, sind beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder vereidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzungen beizufügen. Dies gilt auch für Prospekte, Dokumentationen und Handbücher.

Dem Angebot dürfen keine AGB oder weiteren Vertragsbedingungen des Bieters beigelegt sein. Fügt ein Bieter eigene AGB oder Vertragsbedingungen bei, führt dies in der Regel zum Ausschluss des Angebotes vom Verfahren.

Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot mindestens einzureichen:

- / Vollständig **ausgefülltes Angebotsformular** gemäß **Anlage 2**;
- / Ausgefülltes **Leistungsverzeichnis**, in denen Bieter Angaben zum Vorliegen von A- und B- Kriterien machen (**Anlage 1**);
- / Erläuterung/Darlegung der technischen Spezifikationen unter Bezugnahme auf das Leistungsverzeichnis und die angebotene Leistung (**auf eigener Anlage**);
- / Erläuterung/Darlegung der Aufstellbedingungen (**auf eigener Anlage**);
- / Nach Möglichkeit Angabe der Schallemissionen in den unterschiedlichen Betriebsmodi (**auf eigener Anlage**);
- / Nach Möglichkeit Angabe der elektrischen Leitungsaufnahme in den für das jeweilige System typischen Betriebszuständen (**auf eigener Anlage**);
- / Wartungskonzept, nach Möglichkeit mit Angabe der kalkulierten Stunden und des Materials pro Jahr (**auf eigener Anlage**);
- / Es sind zwingend umfassende Informationen über notwendige Installationen (Anschlüsse für Wasser, Strom, Druckluft, Schutzgas, Kühlmedien etc.) einzureichen, die von der FGW bereitzustellen sind. Ebenso Angabe über Abmessungen und Gewicht der einzelnen in das Gebäude einzubringenden Komponenten. Die Angabe der Medien und Mindestanschlusswerte muss zwingend mit dem Angebot erfolgen. (**Angaben auf eigener Anlage**).
- / Nach Möglichkeit Angaben zum Verbrauch von Medien wie zum Beispiel Wasser, Druckluft, Spülgas etc. bei üblichen Betriebsbedingungen (**auf eigener Anlage**);
- / Gegebenenfalls **Nachunternehmererklärung (Anlage 3)**
- / Gegebenenfalls **Verpflichtungserklärung der Nachunternehmer (Anlage 4)**
- / Gegebenenfalls **Bietergemeinschaftserklärung (Anlage 5)**
- / **Sanktionserklärung Russland (Anlage 6)**
- / **BVB Tariftreue NRW (Anlage 7)**

## 2.3 Eignungsanforderungen

Bei der Auswahl der Angebote, die für den Zuschlag in Betracht kommen, werden gemäß § 122 ff. GWB, §§ 42 ff. VgV nur Bieter berücksichtigt, die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit besitzen und bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen. Zum Nachweis ihrer Eignung müssen die Bieter in ihren Angeboten die im Angebotsformular genannten Erklärungen abgeben. Die FGW wird für den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter einen Creditreformauszug einholen und bei Zweifeln an der Bonität eine weitere Aufklärung durchführen. Bestehen die Zweifel auch danach fort, wird das Angebot ausgeschlossen.

Wird die Eignung nicht nachgewiesen, führt dies zum Ausschluss.

## 2.4 Angebotsabgabe durch Bietergemeinschaft und Berufung auf Eignung von Nachunternehmern

Gibt eine Bietergemeinschaft ein Angebot ab, muss jedes Mitglied gesondert die Erklärungen zu den Ausschlussgründen abgeben. Dazu sind die in **Ziffer 2** des Angebotsformulars (**Anlage 2**) genannten Erklärungen abzugeben und die entsprechenden Seiten dieses Abschnittes jeweils zu vervielfältigen und auszufüllen. Die Ausführungen zur wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind vom jeweiligen Bietergemeinschaftsmitglied für den Teil der Leistung nachzuweisen und im Angebotsformular auszufüllen, der im Auftragsfall übernommen wird. Die Bietergemeinschaft muss also in der Gesamtschau die wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit nachweisen. Der Name des jeweiligen Bietergemeinschaftsmitgliedes

ist auf den Seiten zu notieren. Dann sind die ausgefüllten Seiten aller Bietergemeinschaftsmitglieder zusammenzuführen und auf der letzten Seite des Angebotsformulars durch alle Bietergemeinschaftsmitglieder zu unterschreiben (in Textform). Die vollständig ausgefüllte und unterschriebene **Anlage 5** ist entsprechend dahinter ein zu fügen.

Ein Bieter kann sich zum Nachweis seiner erforderlichen wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen (Eignungsleihe), ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und dem/n Unternehmen bestehenden Verbindung/en. In diesem Fall sind **Anlage 3** vom Bieter und die **Anlage 4** durch den Nachunternehmer entsprechend auszufüllen und dem Angebot beizufügen. Der Nachunternehmer hat zudem die Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen abzugeben sowie die Eigenerklärungen zur wirtschaftlichen, finanziellen, technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit, auf die sich der Bieter beruft. Die Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung ist nur vom Bieter, nicht aber Nachunternehmer abzugeben.

**Hinweis:** Wenn keine Eignungsleihe stattfindet, d.h. der Bieter kann seine Eignung selbst belegen, ist lediglich die Nachunternehmererklärung (**Anlage 3**) für den Einsatz etwaiger Nachunternehmer abzugeben. Die Verpflichtungserklärung (**Anlage 4**) ist in diesem Fall nicht verpflichtend abzugeben.

## 2.5 Änderung und Korrekturen an den Angeboten

Änderungen oder Korrekturen sind nur bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote schriftlich zurückgezogen werden.

## 2.6 Nebenangebote

Die Abgabe von Nebenangeboten ist unzulässig.

## 2.7 Unklarheiten/Rechtsverstöße/Fragen

Enthalten die Vergabeunterlagen und/oder die den Bieter mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstige Informationen Unklarheiten, Fehler oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die Vergabestelle unverzüglich, spätestens jedoch **vor** der Angebotsabgabe, schriftlich darauf hinzuweisen. Die Hinweispflicht gilt entsprechend, wenn Bieter - gleichgültig zu welchem Zeitpunkt - Fehler in den jeweiligen Vergabeunterlagen oder in der Abwicklung des Vergabeverfahrens erkennen oder zu erkennen glauben.

**Achtung:** Bieter dürfen von den A-Kriterien der Leistungsverzeichnisse nicht abweichen. Sollte ein A-Kriterium aus Sicht des Bieters nicht erfüllbar sein, muss der Bieter die Vergabestelle bis zum 22. Juni 2026 hierauf schriftlich über den Kommunikationsbereich des VMP hinweisen. Die Vergabestelle wird dann prüfen, ob das Leistungsverzeichnis angepasst wird. Es besteht kein Anspruch auf Anpassung.

Weist ein Bieter nicht rechtzeitig auf einen Vergabeverstoß, eine Unklarheit oder eine aufklärungsbedürftige Tatsache hin, kann er sich auf eine Unklarheit, einen Fehler oder die Verstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten hat der Bieter als von ihm zu tragende Risiken zu übernehmen und in sein Angebot einzukalkulieren.

Fragen der Bieter sind ausnahmslos schriftlich und **spätestens bis zum 26. Juni 2026** über die elektronische Vergabeplattform einzureichen.

Die Vergabestelle wird ergänzende und berichtigende Angaben in einem Fragen- und Antwortenkatalog zusammenfassen und diesen auf der elektronischen Vergabeplattform veröffentlichen. Die Bieter sind verpflichtet, den Fragen- und Antwortenkatalog regelmäßig zu prüfen und die sich hieraus ergebenden Anforderungen im jeweiligen Angebot zu berücksichtigen.

## 2.8 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkung gelten insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, die Bindungen sonstiger Entgelte, Gewinnaufschläge und andere Preisbestandteile, Zahlungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen, Entrichtungen von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, es sei denn, dass sie nach § 22 GWB (analog) zulässig sind. Solchen Handlungen von Bietern stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihnen beauftragt oder für sie tätig sind.

## 2.9 Angebotsfrist und Terminplan

Die Angebotsfrist für die Angebote endet am **07. Juli 2026** um 12:00 Uhr.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote über den VMP zurückgezogen werden.

Für das Verfahren gilt folgender vorläufiger Terminplan, auf den sich die Bieter einzurichten haben:

| Verfahrensschritt                                              | Zeitpunkt / Zeitraum     |
|----------------------------------------------------------------|--------------------------|
| Änderungswünsche zum Vertrag spätestens                        | 22. Juni 2026            |
| Änderungswünsche zu den Leistungsverzeichnissen bis spätestens | 22. Juni 2026            |
| Fragen bis spätestens                                          | 26. Juni 2026            |
| Eingang der Angebote                                           | 07. Juli 2026, 12:00 Uhr |
| Prüfung der Angebote                                           | Juli 2026                |
| Versand Vorabinformation                                       | Juli/August 2026         |
| Zuschlagserteilung                                             | August 2026              |
| Lieferung und Inbetriebnahme                                   | Gemäß Vergabeunterlagen  |

## 2.10 Kosten und Entschädigung

Die Bieter erhalten für ihre Teilnahme an diesem Vergabeverfahren keine Entschädigung und müssen ihre Kosten selbst tragen.

## 2.11 Geheimhaltung

Alle Unterlagen, die den Bietern im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren zur Verfügung gestellt werden, dürfen ohne Zustimmung der Vergabestelle nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch für alle vom Bieter im Zusammenhang mit diesem Vorhaben etwa beauftragte Dritte, insbesondere für Nachunternehmer.

## 2.12 Schutzrechte

Im Angebot ist anzugeben, ob für dessen Inhalt gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

## 2.13 Vorbehalt der Aufhebung

Die Vergabestelle behält sich vor, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aus wichtigem Grund aufzuheben. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn kein wirtschaftliches Angebot eingeht.

## 2.14 Kenntlichmachung von Geschäftsgeheimnissen

Wie in Ziffer 1.1 und Ziffer 2.1 dargestellt, ist die FGW der Auffassung, dass kein Nachprüfungsrechtsschutz besteht, da sie keine öffentlicher Auftraggeberin ist. Der nachfolgende Hinweis erfolgt daher nur vorsorglich, soweit eine Vergabekammer bzw. ein Oberlandesgericht eine andere Rechtsauffassung vertritt.



Nach dem GWB haben die Verfahrensbeteiligten im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften der Angebote erteilen lassen (vgl. § 165 Abs. 1 GWB). Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen, geboten ist (vgl. § 165 Abs. 2 GWB).

Nach § 165 Abs. 3 GWB hat jeder Beteiligte mit Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in Unterlagen deutlich kenntlich zu machen. Bieter haben ihre Geschäftsgeheimnisse bereits im Angebot zu kennzeichnen, ggf. durch Einreichen einer separaten Aufstellung über die zu schützenden Informationen und Unterlagen mit Seitenangabe. Fehlt eine deutliche Kennzeichnung, ist von der Zustimmung des Bieters zur Einsichtnahme im Sinne von § 165 Abs. 3 GWB auszugehen.

## **2.15 Vergabekammer**

Sollte entgegen der Auffassung der FGW der Nachprüfungsrechtsschutz gegeben sein, ist die Vergabekammer Westfalen zuständig.

Vergabekammer Westfalen

c/o Bezirksregierung Münster

Albrecht-Thaer-Straße 9

48147 Münster

Fax: +49 251 411-2165

E-Mail: vergabekammer@brms.nrw.de

[https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk\\_internet/vergabekammer/index.html](https://www.bezreg-koeln.nrw.de/brk_internet/vergabekammer/index.html)

Hinweis zur Geltendmachung von Vergaberechtsverstößen vor der Vergabekammer:

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nur zulässig ist, soweit

- / der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber der Vergabestelle innerhalb von spätestens 10 Tagen gerügt hat,
- / Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden,
- / Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Vergabestelle gerügt werden,
- / der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt wird.

Weitere Einzelheiten können § 160 GWB entnommen werden.

## **3 Vorbemerkung zur Leistungsbeschreibung und Status quo**

### **3.1 Vorbemerkung**

In diesem Kapitel werden die für die Erstellung der Angebote notwendigen Informationen dargestellt. Diese sind bei Erstellung des Angebots zu berücksichtigen und einzukalkulieren.

## 3.2 Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Zunächst muss der Bieter die in der Leistungsbeschreibung genannten Maschinen, Geräte und Anlagen anbieten. Diese müssen vom Bieter bis zum Aufstellungsort (inkl. Einbringung in die Werkshalle, inkl. aller Flurförderfahrzeuge wie Stapler, Hubfahrzeug, Schwerlastrollen etc.) geliefert, installiert und in Betrieb genommen werden.

### 3.2.1 Standort

Die Lieferadresse für die Systeme ist:

Forschungsgemeinschaft Werkzeuge und Werkstoffe e.V.

Papenberger Str. 49

42859 Remscheid

### 3.2.2 Örtliche Gegebenheit

Bei den zur Verfügung stehenden Aufstellbedingungen sowie Fläche handelt es sich um einen unklimateisierten Werkstattbereich.

### 3.2.3 Ausschlusskriterium

Im Folgenden werden wirtschaftliche, logistische und technische Kriterien, die direkt zu einem Ausschluss vom Verfahren führen, definiert.

#### 3.2.3.1 Wirtschaftliche Ausschlusskriterien

Angebote mit einem höheren Auftragswert als EUR 175.500 (netto, ohne Optionen) werden ausgeschlossen.

#### 3.2.3.2 Zeitliche Ausschlusskriterien

Das Gerät muss innerhalb von 12 Kalenderwochen nach Zuschlag geliefert werden. Angebote mit einer längeren Lieferzeit werden ausgeschlossen. Als Lieferzeit gilt die Zeit zwischen der Zuschlagserteilung und der vollständigen Lieferung und Inbetriebnahme des Produktes am Aufstellungsort an der Lieferadresse (Ziffer 3.2.1).

#### 3.2.3.3 Technische Ausschlusskriterien

In der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) sind die technischen Spezifikationen aufgelistet. Angebote, die nicht sämtliche mit „A“ gekennzeichneten Spezifikationen (siehe dazu Spalte „Art des Kriteriums“) erfüllen, werden ausgeschlossen.

## 4 Leistungsinhalt

### 4.1 Leistungsanforderungen und -umfang

In der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) sind die Leistungsanforderungen zu bestätigen bzw. auf gesonderter Anlage weiter zu erläutern. Abweichungen von A-Kriterien sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss.

Hinweis: Die Beauftragung der optional abgefragten Positionen steht im Ermessen der Vergabestelle.

### 4.2 Abnahmeprozess (Funktionstest und Mängel)

Abweichend von § 13 VOL/B gilt folgendes: Die FGW überprüft das Gerät, die Maschine oder Anlage während des Aufbaus und der Inbetriebnahme mit Unterstützung des Bieters auf Mangelfreiheit und die Einhaltung der Spezifikationen aus der Leistungsbeschreibung „A-“ und „B“-Kriterien (**Anlage 1**).

Werden wesentliche, d.h. betriebsverhindernde und/oder betriebsbehindernde Mängel, insbesondere die Nicht-Einhaltung der als „A“ und „B“ gekennzeichneten und vom Bieter im Rahmen der Vergabe verbindlich zugesagten Spezifikationen, festgestellt, kann die Abnahme abgebrochen werden. Sofern lediglich unwesentliche Mängel festgestellt werden, wird die Abnahme, sofern möglich, vollständig



durchgeführt. Die Auftraggeberin teilt dem Auftragnehmer nach Abschluss oder Abbruch der Abnahme bei der Abnahme festgestellte Mängel mit.

Die Auftraggeberin erklärt die Abnahme, wenn das Gerät, die Maschine oder Anlage lediglich unwesentliche Mängel aufweist. Diese werden in der Abnahmeerklärung als Mängel festgehalten und vom Auftragnehmer im Rahmen seiner Haftung für Sach- und Rechtsmängel im Rahmen der gesetzten Nachfrist beseitigt. Bei unwesentlichen Mängeln darf die FGW nach dem ersten gescheiterten Nachbesserungsversuch die Vergütung mindern. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften des BGB-Werkvertragsrechts.

Hat die Auftraggeberin im Rahmen der Abnahme wesentliche Mängel festgestellt, setzt sie dem Auftragnehmer eine angemessene Frist, die Mängel zu beseitigen. Nach deren Beseitigung hat der Auftragnehmer erneut die Prüfbereitschaft zu erklären. Die Auftraggeberin hat das Recht zur erneuten Abnahme. Soweit nichts anderes vereinbart ist, hat der Auftragnehmer einen Zeitraum von 14 Tagen zur Mängelbeseitigung und Durchführung eines weiteren gemeinsamen Abnahmetermins.

Liegen auch bei der zweiten Abnahme wesentliche Mängel (Beeinträchtigung Gebrauch) vor, darf die FGW wahlweise vom Vertrag zurücktreten oder diesen außerordentlich kündigen.

Erfolgt die Abnahme nicht innerhalb von drei Monaten nach Lieferungen aus Gründen, die die Auftraggeberin zu vertreten hat, gilt die Abnahme als erfolgt.

#### **4.3 Verjährung der Mängelansprüche/Option: Gewährleistungsverlängerung**

Die Mängelansprüche verjähren in zwei Jahren. Die Verjährung beginnt mit Abnahme der Leistung. Die Auftraggeberin hat das Recht, zum Ende des zweiten Gewährleistungsjahres die optional angebotene Verlängerung der Gewährleistung um ein weiteres Jahr zu den im Angebot genannten Konditionen zu beauftragen.

#### **4.4 Option: Service (Wartung)**

Die Anforderungen an die Serviceleistungen sind nachfolgend beschrieben. Da der Wartungsumfang abhängig von der Anlage sehr unterschiedlich sein kann und auch der Begriff der Wartung von den Herstellern unterschiedlich definiert wird, ist im Rahmen von folgenden Parameter für die Kalkulation auszugehen:

Für die Wartung (Instandhaltung ohne Instandsetzung) werden im Rahmen dieser Vergabe Reinigung, Setup und Funktionsanalyse der Hardware und Elektronikkomponenten, Überprüfung und Funktionstest der Sicherheitseinrichtungen, Austausch von Betriebsstoffen, Hardware- und Softwareaktualisierungen und ggf. Datensicherung, Kalibrierung, Arbeitslohn, Anfahrs- und Reisekosten sowie der Austausch von Verbrauchs- und Verschleißteile (entsprechend der unten stehenden Tabelle) und deren Kosten abgefragt. Die Bieter müssen den Wartungsaufwand für das 1., 2. und 3. Jahr nach Abnahme aufgrund ihrer Erfahrungswerte und der Wartungszyklen für die Anlage selbstständig ermitteln. Die weiteren Wartungskosten, insbesondere für in der folgenden Tabelle nicht genannten Materialien und Leistungen, werden nach Zuschlag bezogen auf die jeweils anstehenden Wartungsarbeiten abgefragt (soweit nicht als Verschleißteilkpaket im Leistungsverzeichnis abgefragt).

Mit dem Angebot ist ein Wartungskonzept einzureichen, in dem nach Möglichkeit der Wartungsaufwand angegeben wird und erläutert wird, wann welche Wartungsleistungen (Reinigung, Setup und Funktionsanalyse der Hardware und Elektronikkomponenten, Überprüfung und Funktionstest der Sicherheitseinrichtungen, Austausch von Betriebsstoffen, Hardware- und Softwareaktualisierungen und ggf. Datensicherung, Kalibrierung sowie Arbeitslohn, Anfahrs- und Reisekosten sowie Austausch und Kosten von Verbrauchs- und Ersatzteilen) durchgeführt werden.

Als Verbrauchs- und Verschleißteile werden mindestens folgende Teile betrachtet:

| Verbrauchsteile | Verschleißteile                                 |
|-----------------|-------------------------------------------------|
| Draht           | Spulen<br>Dichtungen<br>Rollen<br>Führungsringe |

Die Vergabestelle hat das Recht, die optional angebotenen Wartungsleistungen für das 1. Jahr nach Abnahme, das 2. Jahr ein Jahr nach Abnahme sowie das 3. Jahr 2 Jahre nach Abnahme jeweils zu den im Angebot genannten Konditionen zu beauftragen.

#### 4.5 Vertragliche Grundlage

Die Leistungen werden aufgrund der nachfolgenden Vertragseckpunkte und nachrangig hierzu dem BGB vergeben:

- / Eine Preisgleitung bzw. -anpassung findet nicht statt.
- / Zahlungen erfolgen innerhalb von 14 Kalendertagen nach Eingang der prüfbaren Rechnungen.
- / Die Einschaltung von Nachunternehmern ist zulässig. Schaltet ein Auftragnehmer Nachunternehmer ein, haftet er für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Vertrages. Spätestens bei Beginn der Auftragsausführung sind der Name, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter der Unterauftragnehmer der Auftraggeberin mitzuteilen. Gleiches gilt für jede eintretende Änderung der Nachunternehmer im Rahmen der Auftragsausführung.
- / Der späteste Liefertermin ergibt sich aus dem Angebotsformular (**Anlage 2**). Die FGW weist darauf hin, dass die Maßnahme durch Fördermittel finanziert wird. Soweit der Auftragnehmer mit seinen Leistungen in Verzug gerät und dadurch Zuwendungen nicht ausgezahlt, widerrufen oder zurückgefordert werden, wird die FGW alle hieraus resultierende Schäden beim Auftragnehmer geltend machen.
- / Die Leistungen werden förmlich abgenommen gemäß Ziffer 4.2 der Vergabeunterlagen. Die Frist für Mängelrügen gemäß § 377 HGB - soweit überhaupt anwendbar - beginnt ab Lieferung.
- / Mängel/Funktionstest
  - / Es gelten die Vorschriften des Werkvertragsrechts des BGB sowie die ergänzenden Regelungen aus Ziffer 4.2 dieser Vergabeunterlagen.
  - / Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass die Maßnahme durch Zuwendungen finanziert wird. Jede schuldhaftes Pflichtverletzung, die die die Funktion des Gerätes, der Maschine oder Anlage einschränkt oder aufhebt und damit den Projekterfolg gefährdet, gilt als Mangel.
- / Verjährung
  - / Vgl. Punkt 4.3
- / Die Gesamthaftung des Auftragnehmers für sämtliche direkten, indirekten und Folgeschäden ist, mit Ausnahme der nachstehend genannten Fälle, auf fünf Millionen Euro (5.000.000 EUR) pro Kalenderjahr begrenzt.
 

Die Haftung des Auftragnehmers richtet sich anteilig nach seinem jeweiligen Verschuldensgrad für den entstandenen Schaden.

Die vorgenannten Haftungsbeschränkungen gelten nicht in Fällen von:

  - / Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit,
  - / Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit,
  - / Gesetzlich zwingender Haftung, insbesondere nach dem Produkthaftungsgesetz.

Soweit die Haftung nach den vorstehenden Bestimmungen ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung der Organe, gesetzlichen Vertreter, Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen der haftenden Partei.
- / (Voraus)Zahlungen für die Lieferung und Inbetriebnahme der Anlagen, Geräte und Maschinen (nicht für die Wartung) werden seitens der FGW wie folgt angeboten:

/ Stufe 1: Die Auftraggeberin leistet innerhalb von 14 Tagen netto (dies gilt auch für Stufe 2 und 3) nach Auftragsannahme eine Vorauszahlung i.H.v. 40 % des Angebotspreises brutto gegen Bankbürgschaft (ohne Optionen)

/ Stufe 2: 50 % bei Lieferung,

/ Stufe 3: 10 % bei Inbetriebnahme und vollständige schriftliche Abnahme,

/ Zahlungsbedingungen Schulung: 14 Tage nach erfolgreicher und vollständiger Schulung.

Die Zahlungen für die Stufen 1 und 2 werden jeweils gegen Vorlage einer Bankbürgschaft (Vorauszahlungsbürgschaft) einer deutschen Bank auf erste Anforderung geleistet.

/ Vertragsbedingungen des Bieters werden nicht Vertragsbestandteil.

/ Gerichtsstand ist Remscheid.

Achtung: Bieter müssen die Vertragsbedingungen vollumfänglich anerkennen. Bitte fügen Sie dem Angebot keine eigenen Vertragsbedingungen bei, diese werden nicht wirksam. Soweit Änderungswünsche zu diesen Vertragsbedingungen bestehen, haben die Bieter die Möglichkeit, die Vergabestelle bis zum 22. Juni 2026 hierauf schriftlich über den Kommunikationsbereich des VMP hinweisen. Die Vergabestelle wird dann prüfen, ob die Vertragsbedingungen angepasst werden. Es besteht kein Anspruch auf Anpassung.

## 5 Wertungssystem und Zuschlagskriterien

### 5.1 Wertungssystem

Die Vergabestelle wird die fristgerecht eingereichten Angebote in diesem Vergabeverfahren prüfen und werten. Dabei wird es die Angebote zunächst formal prüfen, d.h. sie auf Vollständigkeit bzw. Abweichungen von den zwingenden Anforderungen aus den Vergabeunterlagen prüfen. Erfüllt ein Angebot nicht die Anforderungen bzw. die zwingenden Vorgaben aus den Vergabeunterlagen, wird es in der Regel ausgeschlossen.

Zudem wird die Angemessenheit der Preise untersucht. Die wirtschaftliche Auswertung erfolgt anhand der nachbenannten Zuschlagskriterien.

Die Vergabestelle wird die Angebote anhand der nachbenannten Zuschlagskriterien unter Berücksichtigung der angegebenen Wertungspunkte und Gewichtungen bewerten.

### 5.2 Zuschlagskriterien

Die Vergabestelle sieht als Zuschlagskriterien den Angebotspreis und die Qualität des Angebotes vor.

| Max. Punktzahl Preis | Max. Punktzahl Qualität |
|----------------------|-------------------------|
| 50                   | 50                      |

#### 5.2.1 Bewertungspreis

Für das Zuschlagskriterium „Bewertungspreis“ sind die in Kapitel 4 und der Leistungsbeschreibung genannten Leistungen zu Grunde gelegt.

Der für die Wertung relevante Bewertungspreis ergibt sich daher aus folgender Summe:

Summe aller Positionen aus dem Leistungsverzeichnis für die Lieferung und Inbetriebnahme und Einweisung. Die für die Optionen angegebenen Preise gehen nicht in die Wertung ein.

Aus diesem wird ggf. unter Hinzuziehung der Regelungen des §13b UStG (sog. „Reverse-charge-Verfahren“) ein Bewertungspreis gebildet. Das bedeutet, die Vergabestelle wird, für den Fall, dass ein ausländischer Bieter aufgrund der umsatzsteuerrechtlichen Vorgaben einen Nettopreis anbieten darf, für die Bewertung die Umsatzsteuer, die sie als Auftraggeberin in diesem Fall zahlen muss, mitberücksichtigen.

Hinweis für ausländische Bieter: Bitte tragen Sie in diesem Fall im Angebotsformular nur den Nettopreis ein!

Der Bieter mit dem niedrigsten Bewertungspreis (brutto) erhält die maximale Punktzahl für das Kriterium Preis. Alle übrigen Angebote werden hierzu ins Verhältnis gesetzt. Es gilt die nachstehende Formel:

$$\text{Wertungspunktzahl Angebot} = \frac{\text{Bewertungspreis brutto des niedrigsten Angebotes} \cdot \text{max. Punktzahl "Preis" (50)}}{\text{Bewertungspreis "Angebot"}}$$

Die maximal erreichbare Punktzahl für das Kriterium „Preis“ ergibt sich aus Spalte F/Nr. 82 aus der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).

### 5.2.2 Qualität

Für das Zuschlagskriterium „Qualität“ werden die in der Leistungsbeschreibung mit „B“ gekennzeichneten Bewertungskriterien zu Grunde gelegt.

Die maximal erreichbare Wertungspunktzahl für das Kriterium „Qualität“ ergibt sich aus der Spalte F der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**). Die dort angegebenen Punkte werden bei Erfüllung der Anforderung entweder zu 100 % oder bei Nichterfüllung gar nicht vergeben. Es gibt keine „Teilerfüllung“ mit anteiligen Punkten.

### 5.3 Zuschlagsentscheidung

Für die Gesamtwertung werden die Punkte addiert und daraus die Rangfolge der Angebote ermittelt. Der Bieter, der ein wertbares Angebot abgegeben hat und dessen Angebot die höchste Gesamtpunktzahl erreicht, liegt somit auf Rang 1, der Bieter dessen Angebot die zweithöchste Gesamtpunktzahl erreicht, auf Rang 2 usw. Der Bieter mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhält nach Prüfung der Probe und Ablauf der Vorabinformationsfrist den Zuschlag..

**Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Zuschlag nur unter dem Vorbehalt der Bestandskraft des Zuwendungsbescheides erfolgt.**

#### 1 Anlagenspiegel

|           |                                             |
|-----------|---------------------------------------------|
| Anlage 1  | Leistungsverzeichnis                        |
| Anlage 2: | Angebotsformular                            |
| Anlage 3: | Nachunternehmererklärung                    |
| Anlage 4: | Verpflichtungserklärung der Nachunternehmer |
| Anlage 5: | Bietergemeinschaftserklärung                |
| Anlage 6: | Sanktionserklärung Russland                 |
| Anlage 7  | BVB Tariftreue NRW                          |